

STUDY

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Nr. 43 · Oktober 2026 · Hans-Böckler-Stiftung

DER AUSBILDUNGSMARKT IN NRW

Aktuelle Lage und politische Instrumente

Magdalena Polloczek

ZUSAMMENFASSUNG

Der Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen hat sich für ausbildungsinteressierte junge Menschen deutlich verschärft. Lange Zeit nahm das bevölkerungsreiche und wirtschaftspolitisch bedeutende Bundesland eine Vorreiterrolle bei der Förderung betrieblicher Ausbildung ein. Die vorliegende Studie analysiert die aktuelle Entwicklung anhand zentraler Kennzahlen und zeigt einen grundlegenden Wandel: Die Ausbildungschancen haben sich auch in Nordrhein-Westfalen spürbar verschlechtert. Noch nie waren dort so viele junge Menschen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unversorgt. Die Studie nimmt deshalb politische Instrumente in den Blick.

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Der Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen	5
2.1	Entwicklung der abgeschlossenen Ausbildungsverträge	5
2.2	Angebotene Ausbildungsstellen und interessierte Bewerber*innen	8
3	Gegensteuern – mit welchen Maßnahmen?	12
3.1	Das Potenzial einer Ausbildungsumlage	12
3.2	Unterstützungsmaßnahmen beim Thema Wohnen und Mobilität	13
4	Fazit	16
	Literatur	17

1 Einleitung

Nach dem Ende der Sommerferien steht traditionell für junge Menschen, die sich für eine Ausbildung interessieren und erfolgreich einen Ausbildungsvertrag unterschreiben konnten, ein neuer Abschnitt bevor. Der Start ins neue Berufsausbildungsjahr ist in diesem Sommer 2026 jedoch überschattet von den aktuellen Zahlen zur Ausbildungsbilanz: Im letzten Ausbildungsjahr mit Start im Herbst 2025 reduzierte sich in Deutschland die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge von insgesamt 486.261 Verträgen (2024) auf 475.950 Verträge (2025). Die Anzahl erfolgreicher Ausbildungsverträge verringerte sich im Vergleich zur Vor-Coronazeit im Jahr 2019 damit um 9,3 % (BMBFSFJ 2026). Das ist ein erdrückendes Signal nicht nur für den Ausbildungsmarkt, sondern auch für den Arbeitsmarkt, der mit dem Ausbildungsmarkt zusammenhängt und geprägt ist von einer zwar weniger werdenden, aber weiterhin stattfindenden Fachkräftesicherungsdebatte (Ahlers und Polloczek 2026), der demografischen Entwicklung (Spieß und Sulak 2026) und den neuen Herausforderungen, die angesichts großer Umbauten im Zuge der sozial-ökologischen Transformation bevorstehen (Blank 2025).

Der Großteil der Ausbildungsberufe wird im dualen System und damit in der Lernortkooperation Schule-Betrieb unterrichtet. Für viele Betriebe ist das Engagement in der Ausbildung ein wichtiges Instrument ihrer eigenen Beschäftigungspolitik und Fachkräftesicherung. In den dualen Ausbildungsgängen steht und fällt ein erfolgreicher Vertragsschluss zum Ausbildungsbeginn zuallererst mit dem Angebot an freien Ausbildungsstellen, auf die sich Interessierte bewerben könnten. Damit rückt die Rolle von ausbildungsberechtigten Betrieben als aktiver Part im deutschen Berufsbildungssystem stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Fitzenberger et al. 2026). Der aktuellsten Ausbildungsbilanz nach haben Betriebe und Unternehmen im Jahr 2025 bundesweit 5 % weniger freie Ausbildungsstellen als im Vorjahr angeboten, auf die sich Ausbildungsinteressierte hätten bewerben können (Christ et al. 2026). Betrieben fällt es nicht erst im vorigen Jahr mitunter immer schwerer, dieses Engagement aufrechtzuerhalten. Die Gründe hierfür können sehr unterschiedlich sein, und reichen auf betrieblicher Seite von unsicheren Geschäftserwartungen bis hin zu (möglicherweise länger bestehenden oder neuen) Passungsproblemen. Große Auswirkungen hat dieses verringerte Angebot am Ende auf die Ausbildungsinteressierten: Die Zahl der unversorgten Personen, die gerne eine Ausbildung angefangen hätten, erreichte im Jahr 2025 den höchsten Wert seit 2007 (ebd.).

Dieser erste Einblick in die Entwicklungen in Deutschland zeigt, dass der Ausbildungsmarkt vor sehr großen Herausforderungen steht. Die Probleme, die in der Coronapandemie bestanden, haben sich verschärft, die Lage hat sich seitdem nicht wieder erholt. Zudem stehen unversorgten Ausbildungsinteressierten keine wirklich vollqualifizierenden Alternativen zur Verfügung. Ausbildungsinteressierten Jugendlichen wird es dadurch erschwert, einen nahtlosen Bildungsübergang zu bewältigen und ihren beruflichen Werdegang zu beginnen.

Die Ausbildungsmarktlage in Deutschland ist zusätzlich geprägt von regionalen Unterschieden. Als großes bevölkerungsreiches Flächenland mit diverser Wirtschaftsstruktur ist das Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) ein wichtiger Ausbildungsstandort. Zahlenmäßig werden in Nordrhein-Westfalen die meisten Ausbildungsverträge abgeschlossen. Entlang der bundesweiten Entwicklung wird jedoch davon ausgegangen, dass sich der Ausbildungsmarkt in NRW verschlechtert. Die Studie hat zum Ziel, die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt vor allem im Zeitverlauf zu reflektieren und nachzuzeichnen. Eine aktuelle Momentaufnahme ist dabei der Ausgangspunkt: Die Bundesagentur für Arbeit NRW Ende August 2026 ermittelte, dass noch mehr als 23.000 Ausbildungsstellen kurzfristig zu besetzen sind. Weit mehr Personen jedoch gelten aktuell als unversorgt – und befinden sich weiter in der Unsicherheit, ob sie im Herbst 2026 noch eine berufliche Chance erhalten werden (BA NRW 2026).

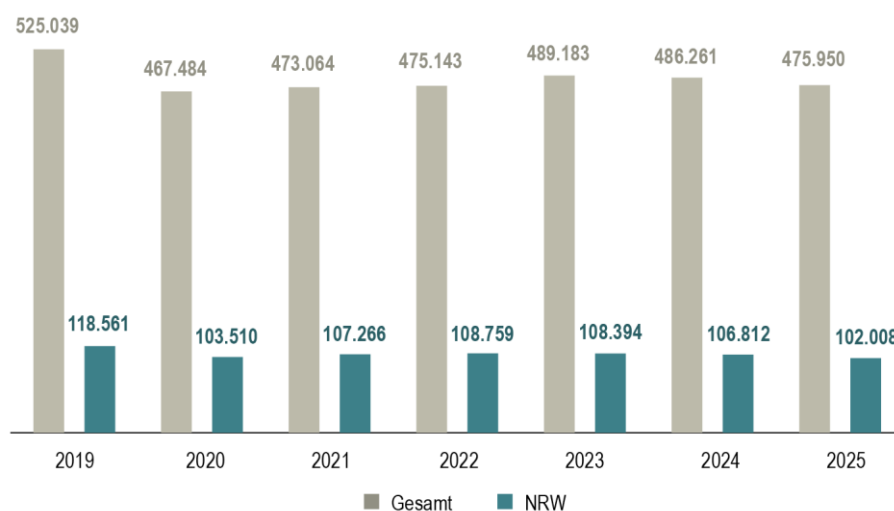
Die vorliegende Zusammenstellung blickt ganz spezifisch auf die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Die Studie setzt die Ausbildungsmarktlage in NRW an verschiedenen Stellen in Bezug zu Tendenzen in anderen Bundesländern oder dem bundesweiten Gesamtdurchschnitt (Kapitel 2). Im weiteren Verlauf werden Überlegungen angestellt, welche ausbildungsmarktbezogenen Instrumente hilfreich wären, um sich aus der aktuellen Ausgangslage herauszubewegen (Kapitel 3). Die Studie endet mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick im Fazit.

2 Der Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen

2.1 Entwicklung der abgeschlossenen Ausbildungsverträge

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 475.950 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge erfasst (BIBB 2026a). In Nordrhein-Westfalen lag die Zahl bei 102.008 Verträgen, die zum Stichtag 30.09.2025 zustande kamen (Abbildung 1). Die allermeisten Ausbildungsverträge davon sind betriebliche Verträge (99.107). In einem Rückblick bis kurz vor die Coronapandemie, von 2025 bis 2019, wird anhand der Zahlen an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sichtbar, dass der Ausbildungsmarkt einen kontinuierlichen Rückgang verzeichnet und sich seit 2019 nicht wieder erholte.

Abbildung 1: Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Nordrhein-Westfalen:
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, 2019 – 2025

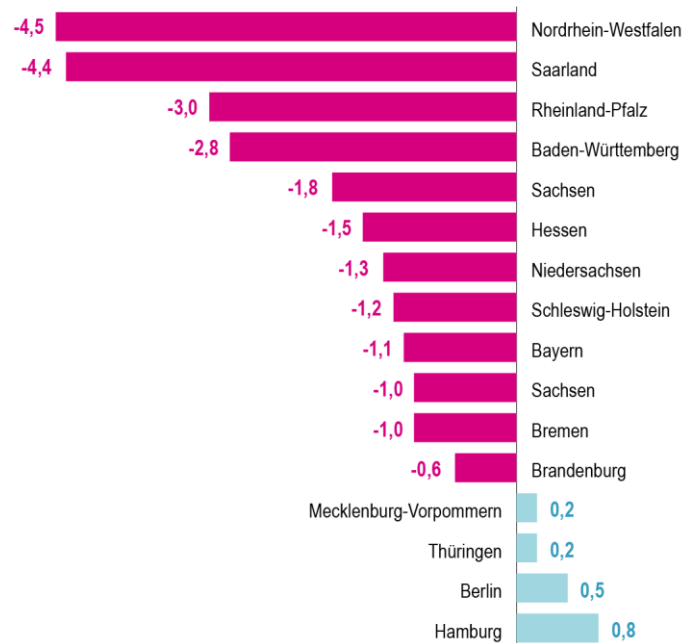


Quelle: BIBB 2026a

WSI

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist der zentrale Indikator dafür, um festzustellen, ob das Suchen und Finden von Auszubildenden und Betrieben in ein Ausbildungsverhältnis übergegangen ist oder nicht. Im Vergleich der Bundesländer zeigen sich auf dieser Ebene deutliche Unterschiede (siehe Abbildung 2). In NRW ist die Zahl der Abschlüsse am stärksten zurückgegangen. Verglichen mit dem Jahr 2024 wurden 4.803 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen, das ist ein Minus von 4,5 %. Auch andere Bundesländer wie das Saarland, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg verzeichnen hohe Rückgänge. Zugewinne an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sind unter anderem in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin zu beobachten.

Abbildung 2: Veränderung der Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge von 2025 zu 2024, nach Bundesländern
Angaben in Prozent



Quelle: BIBB 2026a, BIBB-Erhebung zum 30.09., Tabelle Veränderung der Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen, Stand 05.12.2025

WSI

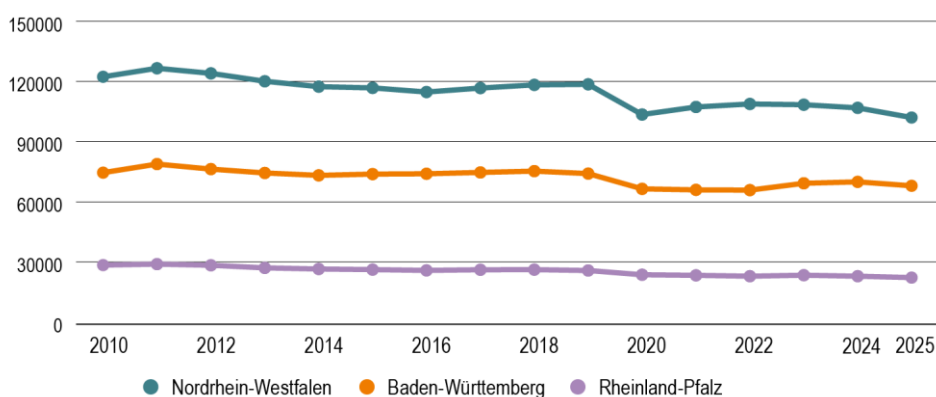
In NRW beruht der Rückgang von 4.803 nicht abgeschlossenen Verträgen im Jahr 2026 fast ausschließlich auf dem Bereich Industrie und Handel (-4.107 / -6,7 %). Das Handwerk (-399) sowie die freien Berufe (-336) steuern den überwiegenden Rest bei. Auch in den anderen Bundesländern, die einen deutlichen Rückgang verzeichneten, geht der Einbruch in der Gesamtsumme größtenteils auf den Rückgang im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel zurück. Dass besonders Ausbildungsplätze in diesem Bereich wegfallen, lässt sich unter anderem mit der angespannten Wirtschaftssituation und Konjunkturschwäche erklären. Der vor allem in großen Industriestandorten beschlossene Stellenabbau könnte sich somit auch auf Nachwuchsstrategien auswirken. Vor allem Betriebe mit sinkenden Geschäftserwartungen zeigen eine verstärkte Zurückhaltung bei der Ausbildungsbeteiligung. Das bedeutet, dass die schlechte konjunkturelle Lage auch den Ausbildungsmarkt belastet (Fitzenberger et al. 2026). Zudem fordern Passungsprobleme (siehe Kapitel 2.2) den Ausbildungsmarkt anhaltend heraus und können gleichfalls der Verringerung zugrunde liegen.

Die Zeitreihe in Abbildung 3 illustriert die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in ausgewählten Bundesländern NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die allesamt einen deutlichen Rückgang an Vertragsabschlüssen aufwiesen. Ein Rückgang an Neuverträgen fand in NRW in drei aufeinanderfolgenden Jahren statt, von 2025 (102.009) im Vergleich zum Berichtsjahr 2024 (-4.818 / -4,5 %), im Berichtsjahr 2024 im Vergleich zu 2023 (-1.566 / -1,4 %) sowie im Berichtsjahr 2023 im Vergleich zu 2022 (-366 / -0,3 %). Besonders deutlich zu sehen ist in NRW der Einbruch

im Jahr 2020 gegenüber 2019 (-15.051 / -12,7 %). Seit diesem Sprung nach unten sind die Werte der abgeschlossenen Ausbildungsverträge (2025: 102.009) nicht mehr annähernd so hoch wie vor der Coronapandemie im Jahr 2019 (118.560) gestiegen. In Rheinland-Pfalz war der Coronaknick spürbar, aber geringer als in NRW (-2.112 / -8,2 %). Auch hier ist die Vertragslage im Vergleich von 2019 (25.797) mit dem Jahr 2025 (22.263) noch nicht wieder ausgeglichen. Auch für Baden-Württemberg liegt ein ähnliches Bild vor: Der Einbruch während der Pandemie war einschneidend (-7.602 / -10,3 %) und leicht schwächer als in NRW. Nach einem Aufholen an Abschlüssen fand in Baden-Württemberg erst kürzlich, zwischen 2024 und 2025, ein Rückgang statt (-1.962 / -2,8 %).

Richtet man den Blick auf die abgeschlossenen Ausbildungsverträge, fällt der vergleichsweise große Abwärtstrend auf, der in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern über die vergangenen Jahre hinweg stattfand.

Abbildung 3: Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in ausgewählten Bundesländern, 2010 – 2025



Quelle: BIBB 2026a; BIBB 2025a

WSI

Demografie bedingt sinkt kontinuierlich die Anzahl junger Alterskohorten und damit potenzieller Ausbildungsinteressierter. Doch den Rückgang an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen alleine auf die Bevölkerungsentwicklung zu beziehen, wäre ein Fehlschluss, zumal zum zweiten Mal in Folge die Nachfrage nach dualen Ausbildungen angestiegen ist. Das Bundesinstitut für Berufsbildung liefert mit eigenen Datenerhebungen und deren Verschränkung mit Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit weitere Indikatoren, die bei der Analyse der rückläufigen Zahlen an Ausbildungsverträgen und generell der Ausbildungsmarktlage helfen und im Folgenden auf die Ausbildungsmarktlage in NRW bezogen werden.

2.2 Angebotene Ausbildungsstellen und interessierte Bewerber*innen

Das Angebot an Ausbildungsstellen setzt den möglichen Rahmen potenzieller Vertragsschlüsse und ist somit die Grundlage auf betrieblicher Seite. Das betriebliche Ausbildungsangebot ist in Deutschland im Ausbildungsjahr 2025 um 5 % gesunken. In NRW lag der Rückgang des Ausbildungsangebotes über dem Durchschnitt bei 6,5 % (Christ et al. 2026).

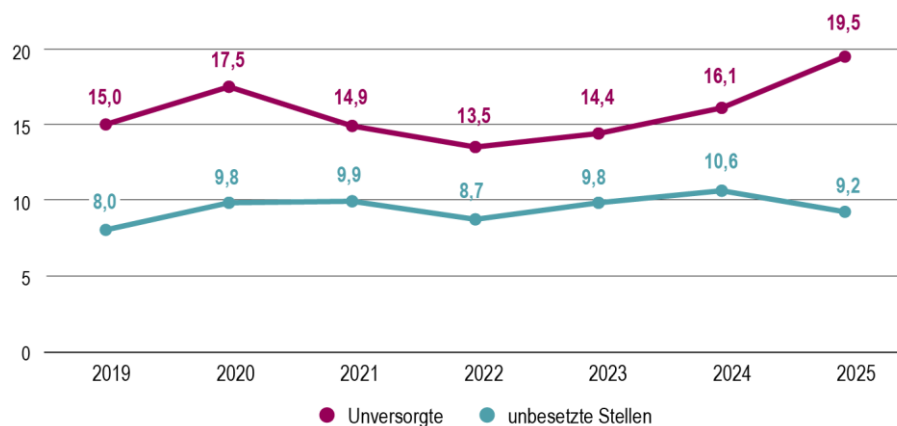
Betrachtet man die Verteilung der vorhandenen offenen Ausbildungsplätze, gehen Studienergebnisse von deutlichen Stadt-Land-Unterschieden aus (Schmidt und Uhly 2023). Es wird davon ausgegangen, dass Großstädte über ein vergleichsweise starkes Ausbildungsangebot verfügen, während ländliche Räume und Kleinstädte durch eine geringere Ausbildungsstärke gekennzeichnet sind. Für die aktuelle Lage in NRW bedeutet das, dass es in 2025 starke Arbeitsmarktregionen gab, in denen eine hohe Anzahl an Ausbildungsplätzen angeboten wurde (Christ et al. 2026): In Bezug auf Stadt-Land-Unterschiede sehen wir, dass die Arbeitsmarktregion Köln mit 6,75 % heraussticht. Auch Aachen-Düren (5,24 %) und Bonn (5,2 %) tragen deutliche Anteile am Angebot an Ausbildungsplätzen. Weniger angebotene Ausbildungsplätze standen in Arbeitsmarktregionen wie Detmold (1,75 %), Gelsenkirchen (1,88 %) oder Oberhausen (1,9 %) zur Verfügung.

Allein das Angebot an Ausbildungsstellen sagt jedoch nicht vollständig etwas darüber aus, ob es beim Ausbildungsstellenangebot zu Besetzungsschwierigkeiten kommen kann. Die Probleme von Betrieben, ihre offenen Ausbildungsplätze zu besetzen, sind über die vergangenen Jahre immer häufiger dargestellt worden. Der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen in der Gesamtzahl angebotener Ausbildungsplätze nähert sich diesem Umstand zahlenmäßig an: In NRW berichten Betriebe für das Jahr 2025, dass 9,2 % ihrer offenen Ausbildungsstellen unbesetzt blieben (siehe Abbildung 4). Dieser Anteil liegt annähernd im Durchschnitt (10,6 %), ist aber deutlich höher als in manch anderen Bundesländern wie etwa Bremen (4,6 %), Berlin (5,9 %) oder Niedersachsen (7,4 %) (Christ et al. 2026). Hohe Besetzungsprobleme können mit unterschiedlichen Bedingungen zusammenhängen, etwa mit den angebotenen Ausbildungsberufen im Betrieb und deren Ausbildungsbedingungen, mit der Erreichbarkeit des Betriebsortes, mit der Bekanntheit an offenen Ausbildungsstellen oder auch mit den dafür eingeschalteten Recruiting-Strategien (Polloczek 2025). Seit 2020 scheinen in NRW die Besetzungsprobleme stärker geworden zu sein, wenngleich der Wert im vorigen Jahr etwas gesunken ist (Abbildung 4).

Auf dem Ausbildungsmarkt kann es gleichzeitig zu Besetzungsproblemen von Betrieben und zu Versorgungsproblemen von Ausbildungsinteressierten kommen. Die Nachfrageseite zu betrachten, bedeutet deshalb, die Anzahl an Personen, die an einer Ausbildung interessiert waren und erfolgreich in eine Ausbildung eingemündet sind, und die der Personen, die noch unversorgt sind, in den Blick zu nehmen. Generell ist die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gestiegen. Auch in NRW ist für den diesjährigen Ausbildungsstart das über die letzten Jahre angestiegene Interesse erneut zu beobachten (BA NRW 2026). Im Jahr 2025 stieg die Nachfrage bundesweit um 3.700 auf 560.300 Stellen an (0,7 %) (Christ et al. 2026). NRW macht mit

126.738 Stellen dabei einen der größten Anteile aus. 19,5% der Ausbildungsinteressierten sind aber noch nicht in eine Ausbildung eingemündet und suchen noch weiter. Fast jede*r fünfte Bewerber*in bleibt somit bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolglos. Das ist einer der höchsten Anteile in Vergleich zu anderen Bundesländern und wird nur von Berlin übertroffen (26,1 %) (ebd.). Besonders auffällig ist, dass seit 2022 diese Versorgungsprobleme schnell und stark angestiegen sind (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Anteil der unbesetzten Stellen und unversorgten Ausbildungsinteressierten am Ausbildungsplatzangebot in Nordrhein-Westfalen, 2019 – 2025
Angaben in Prozent



Quelle: Christ et al. 2026

WSI

Die Gleichzeitigkeit von Besetzungs- und Versorgungsproblemen ist ein Phänomen, das unter dem Begriff Passungsprobleme diskutiert wird. Aus Abbildung 4 wird jedoch sehr deutlich, dass die Besetzungsprobleme wesentlich geringer ausfallen als die Versorgungsprobleme. Deshalb ist der starke und deutliche Anstieg am Anteil der Unversorgten in NRW eine ernst zu nehmende Entwicklung. Personen, die eigentlich an einer betrieblichen Ausbildung interessiert sind, bei ihren Bewerbungen jedoch erfolglos bleiben, sind eine Gruppe, die es viel stärker zu beobachten und zu unterstützen gilt und für die alternative Wege in den Start einer Berufsausbildung gefunden werden sollten.

Da Besetzungs- und Versorgungsprobleme in einem Zusammenhang stehen können, ist der Indikator der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation (eANR) dafür geeignet, die Ausgangslage an angebotenen Ausbildungsplätzen in ein qualitativ zu bewertendes Verhältnis zur Nachfrage zu bringen. Die eANR drückt aus, wie viele Angebote rechnerisch auf 100 Ausbildungsinteressierte entfallen. Die Relation integriert dabei auch Jugendliche, die trotz einer Alternative weiterhin nach einem Ausbildungsplatz suchen. In NRW liegt die eANR mit einem Wert von 88,4 im unteren Mittelfeld. Im Bundesdurchschnitt liegt die eANR bei 94,7. Ein einzelner Ausreißer nach unten mit der eANR von 78,3 ist in Berlin zu beobachten. Alle anderen Bundesländer haben günstigere Ausgangslagen. Am höchsten ist die Relation in Bayern mit 108,3.

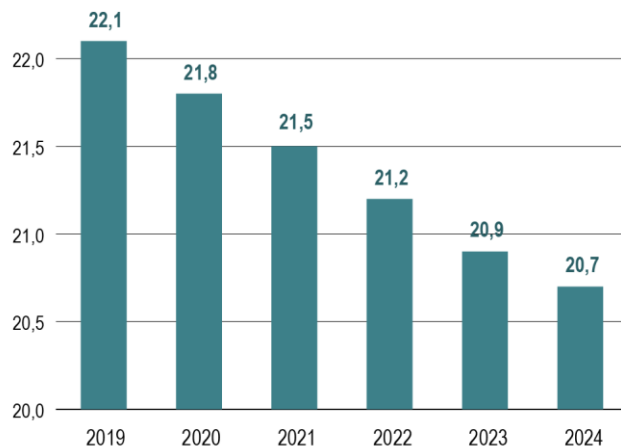
In NRW haben lediglich zwei Arbeitsagenturbezirke einen eANR-Wert über 100: Das ist Meschede-Soest (eANR 102,2) und Coesfeld (eANR 104,1). Alle anderen Arbeitsagenturbezirke weisen äußerst ungünstige Angebotslagen aus, dort gibt es viel mehr Nachfrage nach einer Ausbildung als angebotene Ausbildungsstellen. Besonders deutlich wird dies in Bergisch-Gladbach (eANR 78,7), Köln (eANR 79, trotz hoher anteiliger Ausbildungsplatzangebote), Solingen-Wuppertal (eANr 79,4), Mettmann (eANr 79,4) und Duisburg (eANR 82,8) (Christ et al. 2026). Auch an den aktuellsten Hinweisen, die der Bundesagentur für Arbeit vorliegen (sie gibt im August die gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen aus), ist zu erkennen, dass große Versorgungsprobleme in den Arbeitsmarktagenturbezirken im Bergischen Land, im Rheinland und in Südwestfalen zu erwarten sind. Hier stieg die Zahl der gemeldeten Bewerber*innen im Vergleich zum Vorjahr stark an, hingegen sank die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen, die diese Bezirke bei der Bundesagentur für Arbeit meldeten, deutlich (BA NRW 2026). Dies stellt noch einmal deutlich heraus, dass es in NRW eine große Versorgungslücke gibt.

Diese Ausgangslage rückt Betriebe und ihre Bereitschaft, sich an der Ausbildung zu beteiligen, ins Zentrum der Betrachtung. In Deutschland müssen Betriebe Voraussetzungen erfüllen, um überhaupt ausbilden zu dürfen. Der Anteil an ausbildungsberechtigten Betrieben gibt im Verhältnis zu allen Betrieben an, wie viele das sind. Im Jahr 2025 erfüllten 52 % der Betriebe diese gesetzlichen Voraussetzungen, wie Auswertungen des IAB-Betriebspanels zeigen (Fitzenberger et al. 2026). Dieser Wert ist im Vergleich zum Vorjahr zwar stabil geblieben, hat sich über einen längeren Zeitraum hinweg jedoch verringert. Es ist zu betonen, dass die Ausbildungsberechtigung lediglich die Basis ist und noch keine Angaben zur tatsächlichen Beteiligung am Ausbildungsgeschehen liefert.

Die Ausbildungsbetriebsquote ist deshalb ein weiterer Indikator, um die betriebliche Ausbildungsbeteiligung zu spezifizieren. Sie gibt an, wie hoch der Anteil ausbildender Betriebe an allen Betrieben ist. Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt, dass im Jahr 2024 sowohl die Gesamtanzahl der Betriebe in Deutschland sowie die der Ausbildungsbetriebe gesunken ist (BIBB 2026a). Die Anzahl der Ausbildungsbetriebe sank stärker, infolgedessen verringerte sich die Ausbildungsbetriebsquote gegenüber dem Vorjahr und lag im Jahr 2024 bei 18,7 % (ebd.). Wie in den Vorjahren auch, gab es einen deutlicheren Rückgang der Ausbildungsbeteiligung im kleinstbetrieblichen Bereich, während Großbetriebe ihre Ausbildungsaktivität ausbauten.

Zwei Tendenzen sind demnach bundesweit zu beobachten: Die Zahl der aktiv an der Ausbildung beteiligten Betriebe sinkt. Das Ausbildungsgeschehen verlagert sich immer stärker auf mittlere und Großbetriebe.

Abbildung 5: Ausbildungsbetriebsquote in Nordrhein-Westfalen, 2019 – 2024
Angaben in Prozent



Quelle: BIBB 2022; 2023; 2024;2025b;2026b

WSI

Im Bundesland NRW liegt die Ausbildungsbetriebsquote im Jahr 2024 mit 20,7 % über dem bundesweiten Durchschnitt (18,7 %) und wird nur von Niedersachsen (21,3 %) und dem Saarland (21,1 %) übertroffen. Vielen Betrieben in NRW – wie auch in den anderen Bundesländern mit hoher Ausbildungsbetriebsquote – ist damit die Beteiligung an der dualen Ausbildung wichtig. Am unteren Ende im Bundeslandvergleich liegen Berlin (10,8 %), Brandenburg (15,3 %) und Sachsen-Anhalt (16,7 %). Im Zeitverlauf wird aber auch bei der Ausbildungsbetriebsquote ein Abwärtstrend sichtbar. Abbildung 5 verdeutlicht die eingangs beschriebene Entwicklung der abnehmenden Ausbildungsbeteiligung am Beispiel Nordrhein-Westfalen exemplarisch: Vor der Coronapandemie lag der Anteil an Ausbildungsbetrieben an allen Betrieben noch etwas höher (22,1 %) und nahm dann kontinuierlich ab. Für den Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote kann es mehrere Gründe geben. Obwohl festzustellen ist, dass viele Betriebe die Ausbildung als Investition in die Zukunft nutzen (Fitzenberger et al. 2026), können die Gründe gegen eine Ausbildungsbeteiligung beispielsweise auch ein erhöhter Kostendruck, Sorgen der fehlenden Rentabilität der Investition, gestiegene Anforderungen an die Berufsausbildung, ein wachsendes Angebot an Hochschulabsolvent*innen oder kurzfristige Personalplanungen sein (Bosch und Nagel 2024).

3 Gegensteuern – mit welchen Maßnahmen?

3.1 Das Potenzial einer Ausbildungsumlage

Die in Kapitel 2 dargestellten Problemlagen auf dem Ausbildungsmarkt bundesweit wie in NRW machen es notwendig, über ausbildungsmarktbezogene Interventionen nachzudenken. In der jüngeren Vergangenheit wurde im Aus- und Weiterbildungsgesetz eine Variante der Ausbildungsplatzgarantie eingebracht, um den ansteigenden Passungsproblemen und der rückläufigen Ausbildungsbereitschaft entgegenzuwirken. Die oben dargestellten Entwicklungen zeigen aber, dass die bisherigen Instrumente noch nicht ausreichen, um ausbildungsinteressierten Personen eine berufsbildende Option zu bieten. Deshalb ist es erforderlich, noch weitere arbeitspolitische Instrumente in den Blick zu nehmen.

Wie in Kapitel 2 dargestellt wurde, sank in NRW die Ausbildungsbetriebsquote. Auch das betriebliche Ausbildungsangebot ging dort überdurchschnittlich stark zurück. Die Verantwortung für die Fachkräftesicherung durch Ausbildung fußt auf immer weniger Betrieben und Unternehmen, die sich für das duale System engagieren. Besonders kleinere Betriebe sehen sich aufgrund ihres Spezialisierungsgrades, der Geschäftserwartungen oder der Personalausstattung immer seltener in der Lage und bereit, eine umfangreiche Berufsausbildung anzubieten. Die Idee einer Ausbildungsumlage fokussiert auf die Angebotsseite des Ausbildungsmarktes. In der Grundidee stellt sie eine Option dar, Betriebe, die aktuell nicht (mehr) ausbilden, dabei zu unterstützen, ihr Engagement erneut oder verstärkt wieder aufzunehmen und die Ausbildungsaktivitäten von Betrieben zu stärken. Dafür würden Betriebe eine Ausbildungsplatzabgabe in einen Fonds einzahlen, aus dem ausbildungsaktive Betriebe einen Ausgleich erhalten würden. Die individuellen Kosten der Ausbildungsaktivitäten würden dadurch abgedeckt und ausbildungsaktive Betriebe entlastet und unterstützt. Gleichzeitig würde mit einem Umlagesystem auch die Möglichkeit bestehen, die Ausbildungssituation abzusichern, etwa über eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen (Bosch und Nagel 2024). Mit der Grundidee verknüpft ist damit nicht nur das Ziel, die Ausbildungsaktivitäten (und darüber das Angebot) zu stabilisieren, sondern die Attraktivität der dualen Ausbildung für Betriebe und für ausbildungsinteressierte Personen zu erhöhen.

In der Pflegebranche wurde im Zuge der Neuordnung der Pflegeberufe ein bundesweiter Ausbildungsfonds für die Pflegebranche eingeführt. Diese Änderung wurde auf ein gesetzliches Fundament gestellt und unter wissenschaftlicher Begleitforschung wurde für eine breite Akzeptanz des Vorhabens geworben. Einen empirisch beobachtbaren positiven Effekt einer solchen Maßnahme auf die Anzahl an Ausbildungsplätzen konnte Schuß (2023) nachweisen. Er stellt damit die direkte Wirkung der Ausbildungsumlage in einem branchenbezogenen Arbeitsmarktbereich heraus, betont jedoch die spezifischen Rahmenbedingungen, die bei der Pflege bei Einführung der Umlage galten und die Wirkung maßgeblich beeinflussten – dazu zählen der flächendeckende Fachkräftemangel, die große Reformbereitschaft in der Branche, die relativ geringe vorausgehende Ausbildungsbereitschaft aufgrund hoher Personalfuktuation sowie auch die hohen Ausbildungskosten

(Schuß 2026). Ein branchenspezifischer Zuschuss der Ausbildungsumlage liegt auch in der Baubranche vor. Das Bundesland Berlin hat sich aufgemacht, einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds auszugestalten. In Bremen gilt die Umlage bereits.

Ähnlichkeiten an herausfordernden Ausbildungsmarktlagen zwischen NRW und den beiden Bundesländern Bremen und Berlin gibt es vor allem hinsichtlich der erheblichen Unterversorgung von Ausbildungsinteressierten und des gleichzeitig geringen – oder geringer werdenden – Angebots an Ausbildungsstellen. Neben diesem ersten Ziel, das vor allem die Situation junger Menschen in den Blick nimmt, betonen Studien (Schuß 2026; Bosch und Nagel 2024), dass die weiteren positiven Aspekte eines umlagefinanzierten Ausbildungsfonds vertiefter geprüft werden müssten. Dazu zählen beispielsweise die erwartete Wirkung einer Umlage auf steigende Ausbildungsvergütungen oder auch die Entlastungen und Vorteile für ausbildungsaktive Betriebe, die sich über eine begleitende berufspädagogische Rahmung ergeben könnten.

Eine Ausbildungsumlage in Form eines Fonds hat das Potenzial, Anreize für eine Erhöhung der Ausbildungsbetriebsquote zu setzen und damit in eine stärkere Attraktivität der Berufsausbildung einzuzahlen. Das Gesamtpaket einer Ausbildungsumlage soll nicht nur finanzielle Anreize setzen, sondern den Ausbildungserfolg unterstützen und ist damit eine Investition in den Wirtschaftsstandort NRW. Mit einer verstärkten Ausbildungsbeteiligung wäre eine der zentralen Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt in NRW adressiert. Zusätzlich können jedoch weitere Hinderungsgründe für Passungsprobleme bei der Besetzung von Ausbildungsstellen zum Tragen kommen, die auf regionalen Voraussetzungen und der damit verbundenen Frage von Wohnen und Mobilität beruhen. Der nachfolgende Abschnitt widmet sich deshalb diesem Themenbereich.

3.2 Unterstützungsmaßnahmen beim Thema Wohnen und Mobilität

Auch regionale und räumliche Gegebenheiten sind Teil der Betrachtung, wie sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt entwickelt und ob Ausbildungsinteressierte und nach Auszubildenden suchende Betriebe zueinanderfinden. Dahin gehende regionale Unterschiede werden einerseits mit der Perspektive auf Versorgungs- und Besetzungsproblemen ermittelt (siehe Kapitel 2). Zum anderen spiegeln sich in regionalen Faktoren auch sozial-räumliche Bedingungen wider, wie etwa der generell zunehmende Urbanisierungstrend unter jüngeren Alterskohorten, der regional unterschiedliche demografische Wandel oder die Bedeutung von Nachbarschaften.

Studien zum Zusammenhang von regionalen soziostrukturellen Kontextbedingungen und Ausbildungsberufswünschen und -entscheidungen betrachten überwiegend lokale Arbeitsmarktbedingungen und lokale Rahmenbedingungen (bspw. die Erreichbarkeit, Infrastruktur oder das Arbeitslosigkeitsniveau) (Wicht et al. 2023; Hoffmann und Wicht 2023).

Dabei wird besonders der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ein immer stärkeres Problem auch für den Ausbildungsmarkt. Die Mietpreise sind in den vergangenen Jahren um durchschnittlich 2,2 % im Bestand und um durchschnittlich 3,5 % bei einer Wohnungswiedervermietung gestiegen (BBSR 2026). Die Ausgaben für Wohnkosten von Auszubildenden und Studierenden liegen anteilig ihres Haushaltseinkommens rund 7,3 Prozentpunkte höher als in der Gesamtbevölkerung (Voigtländer et al. 2025). In einer Analyse der Mietpreisentwicklung an deutschen Hochschulstandorten liegen die durchschnittlichen Wohnkosten für ein Zimmer bei rund 512 Euro im Monat für Studierende und Auszubildende, was einen Anstieg um 3,9 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet (Brauckmann 2026). In Großstädten, in wirtschaftlichen Ballungsräumen und speziell an Universitätsstandorten spitzen sich die Verfügbarkeit an Wohnraum und zugleich die Preisentwicklung vielerorts entschieden zu (BBSR 2026). So werden für Düsseldorf und Köln Wohnkosten für Studierende und Auszubildende von über 600 Euro ermittelt. Gleichzeitig ist die Spannweite speziell in Flächenländern wie in Nordrhein-Westfalen besonders hoch, günstigere Angebote von unter 400 Euro finden sich beispielsweise in Bielefeld oder in Bochum (Brauckmann 2026).

Diese teils hohen Kosten sind auch ein Grund dafür, dass viele Auszubildende einen Suchradius für verfügbare Ausbildungsplätze wählen, der mit günstigen Wohn- oder Pendelformen vereinbar ist. Eine freie Standortwahl für den Start einer Ausbildung, der auch verbunden ist mit dem Beginn eines neuen Lebensabschnittes, ist damit deutlich eingeschränkt. Wie unterschiedliche Studien zeigen, wohnen circa zwei Drittel aller Auszubildenden noch im Elternhaus, obwohl es nicht zwingend die gewünschte Wohnform ist (Voigtländer et al. 2025). Fehlender bezahlbarer Wohnraum wird damit zu einer Hürde für einen Ausbildungsstart. Dem Thema „Azubiwohnen“ wird folgerichtig mehr und mehr Aufmerksamkeit zuteil. Unter diesem Begriff bündeln sich unterschiedlichste Ansätze, Wohnraumbedarfe von Auszubildenden zu decken – private Wohnungs- oder Wohnheimangebote einzelner Ausbildungsbetriebe wie etwa die Sparkasse Hamburg (Haspa 2024), Wohnheime in privater, öffentlicher oder kooperativer Trägerschaft wie etwa das „Azubi-Werk München“ (2026) oder auch temporäre Unterbringungsmöglichkeiten an Berufsbildungsstätten (wie etwa im Handwerk, Zentralverband des Deutschen Handwerks 2023). Im Unterschied zum „Studierendenwohnen“ kommt bei der Unterbringung Auszubildender in Wohnheimen deren oftmals jüngeres Alter als tragender Faktor hinzu. Eine sozialpädagogische Betreuung im Rahmen des Jugendwohnens ist von Vorteil, erfordert für Wohnheimbetreiber aber eine spezielle Erlaubnis im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe.

Das Land Nordrhein-Westfalen setzt aktuell über einen Förderbaustein im Wohnraumförderprogramm 2023–2027 des Bauministeriums Fördermaßnahmen für den Neubau und Modernisierung von Wohnraum für Auszubildenden im Zeitraum von drei Jahren (2025, 2026, 2027) (MHKBD 2026). Ein Beispiel auf kommunaler Ebene ist das „Azubi Quartier Handwerk“ in Dortmund, das aus öffentlichen Mitteln finanziert wird und als Wohncampus in unmittelbarer Umgebung zu Ausbildungsstätten gelegen ist. Deutlich wird jedoch: Die kürzlich initiierten Projektvorhaben sind zwar ein wichtiger Bestandteil, um einen Ausgleich beim Thema Wohnen in lokal angespannten Ausbildungsmärkten anzustoßen und Auszubildenden Wohnmöglichkeiten

auch außerhalb ihres Elternhauses anzubieten. Sie können auch als Beitrag gesehen werden, dem bildungspolitisch vielfach wiederholten Ziel näherzukommen, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter anzustoßen (wie zuletzt in der erneuerten Vereinbarung der Allianz für Aus- und Weiterbildung im Jahr 2026) (BMAS 2026). In der Verfügbarkeit, den Standorten und auch bezüglich des Umfangs an Projekten und letztlich geschaffenem Wohnraum für Auszubildende liegen sie jedoch nicht annähernd im Verhältnis zum Studierendenwohnen. Sie schaffen es bislang nicht, echte Angebote zu schaffen und in regional angespannten Wohnungsmärkten für nachhaltigen Ausgleich zu sorgen.

Bei sozialräumlichen Kontextfaktoren sind Verkehrswege, öffentliche Verkehrsinfrastrukturen und das Mobilitätsverhalten von Auszubildenden ein weiterer wichtiger Aspekt. Eine Studie des BIBB zeigt anhand NEPS-Daten, dass insgesamt fast 40 % der Ausbildungsanfänger*innen mobil sind (Hoffman und Wicht 2023). Davon sind 16 % der Auszubildenden innerhalb eines Arbeitsmarktes mobil und weitere 22 % zwischen regionalen Arbeitsmärkten. Innerhalb von regionalen Arbeitsmärkten betrifft die Distanz im Durchschnitt 21 km. Als Maximum wurde eine Entfernung von 69 km ermittelt. Zwischen Arbeitsmarktregionen liegt die Pendelentfernung deutlich höher. So pendeln Auszubildende zwischen Arbeitsmarktregionen im Schnitt 98 km von Wohnort zum Ausbildungsort. Suchen ausbildungsinteressierte Jugendliche bereits seit über einem Jahr nach einem Ausbildungsplatz, geht damit eine größere Chance einher, höhere Pendelwege in Kauf zu nehmen (ebd.). Ein Pendeln zum Ausbildungsort ist für viele Ausbildungsanfänger*innen (nicht zuletzt aufgrund des jüngeren Alters) eng verknüpft mit der Verfügbarkeit zuverlässigen und kostengünstigen ÖPNVs.

Neben der Belastung durch lange Fahrtzeiten an sich kommt auch beim Thema Mobilität der Kostenfaktor ins Spiel. Für die ÖPNV-Nutzung wurden mit der Einführung des Deutschlandtickets im Jahr 2023 auch vergünstigte Optionen für Studierende, Auszubildende und Rentner*innen bereitgestellt. Die Ticketpreise für das Deutschlandticket stiegen ab 2023 stetig an – von 49 Euro (2023–2024) auf 58 Euro (2024–2025) und auf 63 Euro (2025–2026). Mehrere Bundesländer bezuschussen das Deutschlandticket, sodass für Schüler*innen und Auszubildende vergünstigte Ticketoptionen zur Verfügung stehen. Die Garantie dessen ist in manchen Fällen teilweise aber davon abhängig, ob sich Ausbildungsbetriebe an den jeweiligen Job-Ticket-Abomodellen beteiligen. Eine einheitliche Regelung und verbindliche Garantie für vergünstigte Tickets für Auszubildende gibt es bislang nicht, würde aber helfen, Pendelbewegungen über Bundeslandgrenzen hinweg zu vereinfachen. Eine vollkommene Kostenfreiheit im Sinne eines Azubi-Tickets würde zusätzliche Belastungen aufgreifen.

Ideen in eine derartige Richtung gehen von Gewerkschaften aus und spiegeln sich auch im Rahmen von Tarifverhandlungen wider, wenn das Thema Mobilität von Auszubildenden aufgegriffen wird. Nicht nur ist in mittlerweile vielen unterschiedlichen Tarifbranchen geregelt, wie tarifgebundene Ausbildungsbetriebe Mobilitätskosten unterstützen (Polloczek und Mach 2026), sondern es wird in Einzelfällen wie im Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen, auch an der Koordinierung von Mobilitätskosten gearbeitet. Seit Februar 2026 können Auszubildende im Elektrohandwerk ein komplett kostenfreies

Deutschlandticket nutzen. Neu ist auch, dass sie es über den Ausbildungsbetrieb beziehen und nicht selbst organisieren. Festgeschrieben ist diese Regelung im aktuellen Tarifvertrag (MUNV 2026). Diese Beispiele zeigen, dass es mitunter neue Ideen und vereinzelte Vorhaben gibt, um aus unterschiedlichen Richtungen am Problem der Passungsprobleme anzusetzen – über Wohnraumschaffung und Mobilitätsunterstützung. Über einzelne Vorhaben hinauszugehen, würde einen Beitrag zur Beseitigung regionaler Passungsprobleme leisten.

4 Fazit

Die Ausbildungsmarktlage bleibt weiterhin sehr angespannt. Die Nachfrage junger Erwachsener nach betrieblichen Ausbildungsplätzen ist im Jahr 2025 erneut gestiegen. Die bundesweit beobachteten Rückgänge an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, an betrieblichen Ausbildungsangeboten und auch an der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung sind als einschneidend zu bewerten. Zwar blieben im Jahr 2025 weniger Ausbildungsplätze unbesetzt als zuvor, das Niveau an nicht besetzten Ausbildungsstellen verbleibt jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau. Das führt dazu, dass sich die angespannte Lage verfestigt – auch aufgrund der schwächelnden wirtschaftlichen Situation. Hinzu kommen die längerfristigen Beobachtungen seit der Coronapandemie, die dazu führen, dass mittlerweile von einer „anhaltenden Ausbildungsmarktkrise“ gesprochen wird (Fitzenberger et al. 2026).

Wie gezeigt wurde, ist das Bundesland NRW von diesem Abwärtstrend besonders stark betroffen. Es ist das Bundesland mit der höchsten Anzahl an Ausbildungsverträgen – und ist am stärksten vom Einbruch an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen betroffen. Gleichzeitig scheinen sich die Passungsprobleme zu verschärfen, da insbesondere der Anteil an unversorgten Bewerber*innen einen bisherigen Höchststand erreicht hat. Nicht nur gefährden diese Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt die Fachkräftesicherung, sondern sie verschlechtern die Perspektiven für ausbildungsinteressierte Menschen deutlich.

Aktuell bleiben so viele junge Menschen wie noch nie ohne einen Ausbildungsplatz in NRW. Infolge der wirtschaftlichen Schwäche und der Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt ist davon auszugehen, dass sich ausbildungsberechtigte Betriebe noch stärker aus der Ausbildung zurückziehen werden und das Ausbildungsplatzangebot weiter sinken wird. Die Auswirkungen wären dann, dass es einen weiteren Rückschritt an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gibt und sich die bereits beobachteten Versorgungslücken deutlich zuspitzen. Eine Ausbildungsumlage wäre eine arbeitsmarktpolitische Intervention, welche das Potenzial hätte, dem sinkenden Angebot entgegenzuwirken und den Ausbildungsstandort NRW zu stabilisieren.

Literatur

Ahlers, Elke; Polloczek, Magdalena (2026): Fachkräfteengpässe. Entwicklungen, Strategien, Machtverschiebungen. Einführung in das Schwerpunktheft, in: WSI Mitteilungen 79 (3), S. 197-199 <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-fachkraefteengpaesse-entwicklungen-strategien-machtverschiebungen-76870.htm>

Auszubildendenwerk München e.V. (2026):
<https://www.azubiwerk-muenchen.de/>

BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (2026): Fachbeitrag Wohnungsmieten <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/wohnen-immobilien/mieten-preise/mieten/wohnungsmieten.html>

Blank, Marco (2025): Fachkräfte im Wandel, Komplementärwissen als Schlüssel zur Bewältigung (un)sichtbarer Herausforderungen, Bielefeld
<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-7948-9/fachkraefte-im-wandel/>

BA NRW (Bundesagentur für Arbeit NRW) (2026): Kurzfristig noch viele Ausbildungsplätze zu besetzen. Presseinfo Nr. 20 vom 28.08.2026 <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-nrw/presse/2026-20-kurzfristig-noch-viele-ausbildungsplatze-zu-besetzen>

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2026a): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2026. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn <https://doi.org/10.66390/UKXK5234>

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2026b): Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2026 im Internet. Ergänzende Informationen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2026 <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/material/download/12535>

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2025a): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2025. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2025. URL: <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/20621>

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2025b): Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2025 im Internet. Ergänzende Informationen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2025 <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/material/download/12449>

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2024): Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024 im Internet. Ergänzende Informationen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024 <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/material/download/12434>

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2023): Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2023 im Internet. Ergänzende Informationen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2023 <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/material/download/12090>

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2022): Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2022 im Internet, Ergänzende Informationen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2022 <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/material/download/11982>

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2026): Allianz für Aus- und Weiterbildung 2026 bis 2029. Allianzvereinbarung <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Aus-und-Weiterbildung/Berufliche-Ausbildung/Allianz-fuer-Aus-und-Weiterbildung/allianz-fuer-aus-und-weiterbildung-art.html>

BMBFSFJ (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2026): Berufsbildungsbericht 2026
<https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/berufsbildungsbericht-2026-285646>

Bosch, Gerhard; Nagel, Bernhard (2024): Ein Ausbildungsfonds für Deutschland, in: Argumente. Veröffentlichungen des wissenschaftlichen Beraterkreises der Gewerkschaften IG Metall und ver.di zu Bildungsfragen <https://wissenschaftlicher-beraterkreis.de/veroeffentlichungen/argumente-06-2024/>

Brauckmann, Stefan (2026): Wohnkosten für Studierende steigen weiter – Günstige Angebote geraten zunehmend unter Druck <https://www.moses-mendelssohn-institut.de/aktuelles/SoSe2026>

Christ, Alexander; Neuber-Pohl, Caroline; Weller, Sabine Inez; Milde, Bettina; Granath, Ralf-Olaf (2026): Der Ausbildungsmarkt im Jahr 2025. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September, BIBB Fachbeiträge zur beruflichen Bildung <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/21038>

Fitzenberger, Bernd; Leber, Ute; Schwengler, Barbara (2026): Die wirtschaftliche Schwäche hinterlässt deutliche Spuren auf dem Ausbildungsmarkt. Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel, IAB-Kurzbericht 13/2026
<https://iab.de/publikationen/publikation/?id=15849686>

Haspa – Hamburger Sparkasse (2024): Haspa Azubi-Wohnheim YoungUrban-Living: WG-Zimmer für 235 Euro <https://www.haspa-insider.de/wg-zimmer-fuer-235-euro/>

Hoffmann, Linda; Wicht, Alexandra (2023): »Should I Stay or Should I Go?« Prevalence and Predictors of Spatial Mobility among Youth in the Transition to Vocational Education and Training in Germany, in: Social Sciences 12 (5)
<https://doi.org/10.3390/socsci12050277>

MHKBD (Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW) (2026): Förderung von Wohnraum für Auszubildende und Studierende
<https://www.mhkbd.nrw/foerderprogramme/foerderung-von-wohnraum-fuer-auszubildende-und-studierende>

MUNV (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW) (2026): Vorreiter für moderne Ausbildung und nachhaltige Mobilität <https://umwelt.nrw.de/video-upload/vorreiter-fuer-moderne-ausbildung-und-nachhaltige-mobilitaet>

Polloczek, Magdalena; Mach, Linus (2026): Wie gestalten Tarifverträge die betriebliche Ausbildung? Übersicht und Verbreitung anhand ausgewählter Tarifbranchen des WSI-Tarifarchivs. Analysen zur Tarifpolitik Nr. 118, Düsseldorf
https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009482

Polloczek, Magdalena (2025): Skills in Changing Labour Markets. Comparative analyses of digitalization, skill formation and skills demand during recruitment in Estonia and Germany. Universität Paderborn <https://doi.org/10.17619/UNIPB/1-2449>

Schmidt, Robyn; Uhly, Alexandra (2023): Florierende Städte und abgehangenes Land: Empirische Auswertungen zum regionaltypischen Geschehen in der dualen Berufsausbildung auf Basis der Berufsbildungsstatistik. Bonn
https://res.bibb.de/vet-repository_780978

Schuß, Eric (2026): Zur Diskussion einer Ausbildungsumlage für die duale Berufsausbildung, in: Wirtschaftsdienst 106 (3), S. 191-197 <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2026/heft/3/beitrag/zur-diskussion-einer-ausbildungsumlage-fuer-die-duale-berufsausbildung.html>

Schuß, Eric (2023): Beyond windfall gains: The redistribution of apprenticeship costs and vocational education of care workers, in: *Economica*, 90 (359), S. 978-1002 <https://doi.org/10.1111/ecca.12474>

Spieß, C. Katharina; Sulak, Harun (2026): Verborgene Erwerbspotenziale. Wie groß sind sie – und wie lassen sie sich aktivieren? In: Fachkräfteengpässe. Entwicklungen, Strategien, Machtverschiebungen, in: WSI Mitteilungen 79 (3), S. 200-208 <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-verborgene-erwerbspotenziale-76869.htm>

Voigtländer, Michael; Deschermeier, Philipp; Henger, Ralf; Oberst, Christian; Sagner, Pekka (2025): Wohnraumversorgung und Wohnraumbedarfe von Studierenden und Auszubildenden. Herausgeber: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). BBSR-Online-Publikation 46/2025. Bonn <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2025/bbsr-online-046-2025.html>

Wicht, Alexandra, Weßling, Katarina, Ertl, Hubert (2023): Sozialräumliche Kontexte beruflicher Bildungswege. In: Nina Bremm, Kathrin Racherbäumer, Isabel Dean, Thorsten Merl (Hg.): Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und Sozialraum Erlangen-Nürnberg: Kohlhammer.

Zentralverband des Deutschen Handwerks (2023): Stellungnahme: Mobilitätsförderung durch Azubiwohnen. Ausschussdrucksache 20(18)106a des Deutschen Bundestages https://www.bundestag.de/re-source/blob/941862/cd6e8a383997fe55c351bd84095be3d1/A-Drs_20-18-106a-data.pdf

Impressum

In der Reihe „WSI Study“ erscheinen in unregelmäßiger Folge Arbeiten aus dem WSI zu aktuellen Vorgängen auf wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischem Gebiet. Für den Inhalt sind die Autorinnen und Autoren selbst verantwortlich.

**Diese und andere Veröffentlichungen der Hans-Böckler-Stiftung
finden Sie als pdf-Datei unter www.boeckler.de**

Autorin:

Dr. Magdalena Polloczek
Aus- und Weiterbildung für eine transformierte Arbeitswelt
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
magdalena-polloczek@boeckler.de

Herausgeber:

Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Str. 18
40474 Düsseldorf

Study (Internet) ISSN 2367-0827